



Klimahauptstadt 2024 – Fragenkatalog zur Landtagswahl 2023

Zukunfts-Modellregion Niederösterreich?

An die Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter der wahlwerbenden Parteien

Ausgabedatum: 20. November 2022

Impressum/Kontakt: <https://www.klimahauptstadt2024.at/impressum/>

Gesunde Böden, sauberes Wasser und eine funktionierende Kreislaufwirtschaft mit regionaler Lebensmittelversorgung sind essenzielle Überlebensgrundlagen für kommende Generationen.

Gemeinsam setzen sich die Initiativen der Klimahauptstadt 2024 dafür ein, St. Pölten zu einem international angesehenen Hotspot für Nachhaltigkeit, Klima- und Artenschutz zu entwickeln.

Nach dem Motto „Wir machen mit. Du auch?“ ist das Initiativennetzwerk knapp vor den großen Einschnitten und Veränderungen, die Pandemie und Krieg mit sich brachten, an den Start gegangen.

Niederösterreichs Landeshauptstadt hat sich zwischenzeitlich an der Mission „Klimaneutrale und intelligente Städte“ beteiligt und den Grundsatzbeschluss gefasst, sich im Rahmen einer nunmehrigen Ausschreibung als Pionierstadt auf dem Weg in die Klimaneutralität zu bewerben [1].

Mit diesem Fragenkatalog möchten wir Sie zunächst auf das riesige Potential aufmerksam machen, Niederösterreich über Stadt- und Gemeindegrenzen hinweg zu einer Europäischen Modellregion für Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln: In dem Land, das Sie in den kommenden Jahren prägend mitgestalten möchten, könnten wir in europaweit federführender Rolle die Zeichen der Zeit richtig deuten und Niederösterreichs Vielfalt nutzen, um die Regionen zu Räumen nachhaltigen Handelns weiterzuentwickeln und die Menschen dabei zu unterstützen, gezielt jene resilienten Strukturen zu erneuern, die in den zurückliegenden Jahrzehnten zunehmend unter die Räder eines globalisierten Wirtschaftssystems geraten sind.

Wir möchten Sie außerdem mit Vorlage dieses Fragenkatalogs dazu einladen und darum bitten, das Verbindende über das Trennende zu stellen und in der nächsten Regierungsperiode über Parteigrenzen hinweg und unabhängig vom Ausgang der Wahl unter aktiver Einbeziehung der Zivilgesellschaft daran zu arbeiten, sich den inzwischen wirklich großen, dringlichen Herausforderungen unserer Zeit zu stellen.

Niederösterreichs Wirtschaft

Nachhaltiges Handeln beginnt damit, in unserem Land gezielt jene Verhaltensweisen, Dienstleistungen und Produkte zu fördern, die einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen haben und das Wohlbefinden und die Gesundheit aller Menschen fördern.

Es liegt an der Landes- und Kommunalpolitik, die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher darin zu bestärken, auf privater wie beruflicher Ebene ein sinnerfülltes Leben zu führen.

Wir müssen angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts einem verantwortungsvollen Umgang mit den Mitmenschen und mit dem gesamten Lebensumfeld vertiefen, um jene betriebs-, gemeinde-, und länderübergreifenden Lösungen zu entwickeln, die uns in Richtung eines nicht auf Ausbeutung von Mensch und Natur abzielenden Wirtschaftssystems führen, mit einer Wertschöpfungskette, die möglichst allen Menschen zugutekommt.

Frage 1: Wie werden Sie in Niederösterreich nachhaltiges, regionales Handeln fördern?

Am besten geht das auf der lokalen Ebene. Unsere SPÖ-geführten Gemeinden organisieren und unterstützen Selbsterntefelder und regionale Märkte Ab-Hofläden, Selbstbedienungsläden und schütten oftmals Förderungen in Gutscheinen aus, die nur lokal bzw. regional gültig sind. So bleiben regionale Lebensmittel auch leistbar für alle.

Die Sicherheit der Lebensmittel in Niederösterreich ist mir oberstes Anliegen. Neben den heimischen Waren im Großhandel sind auch Direktvermarkter und Dorfläden Garanten für beste Qualität. Daher prämiere ich die Anstrengungen der Gemeinden für das Ermöglichen von regionaler Vermarktung und hole die besten Vorzeigeprojekte vor den Vorhang. Gemeinsam mit dem niederösterreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament Dr. Günther Sidl (Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) habe ich die Auszeichnung „Feinkostladen Europas“ für Gemeinden/Städte ins Leben gerufen, im Rahmen derer seit 2021 Jahr für Jahr derartige Projekte prämiert werden.

Ziel unseres Handelns ist ein Green New Deal, der mit einem aktiven Staat unser Bundesland Niederösterreich klimaneutral macht und gleichzeitig als Industrie- und Wirtschaftsstandort stärkt. Denn es hilft niemandem, wenn schmutzige Gewerbe abwandern und woanders die Umwelt verschmutzen. Der Green New Deal soll durch einen Transformationsfonds finanziert werden.

Frage 2: Was werden Sie dazu beitragen, resiliente Strukturen in Niederösterreich (wieder) aufzubauen?

Die Effizienzgedanken der neoliberalen Marktfanatiker haben gezeigt, wie anfällig der Markt bei Krisen ist. Der Staat hat die Aufgabe, wieder verstärkt auf die Widerstandsfähigkeit unserer

Wirtschaft aber auch unserer Gesellschaft zu schauen. Dazu gehört auch die Implementierung nachhaltigen und regionalen Handelns im Kindergarten, in Schulen sowie öffentlichen Einrichtungen.

Wir werden die öffentliche Hand stärken, damit ein aktiver Staat mit aktiven Kommunen diese Aufgaben weiter und besser wahrnehmen kann.

Frage 3: Wie können hierzulande Wertschöpfungsketten generiert werden, die zu Umwelt und Klimaschutz führen und möglichst allen Menschen dienen?

Regionale Energiegewinnung durch Erneuerbare Energien ist eine große Chance, die regionale Wertschöpfungskette endlich nachhaltig zu stärken. Denn wer in Zukunft klimaneutral produzieren kann, kann das Endprodukt ohne Aufschlag durch die CO₂-Steuer günstiger anbieten. Zusätzlich kann ein Lieferkettengesetz dabei helfen, dass Unternehmen nicht aufgrund von niedrigeren Umwelt- oder Arbeitsrechtsstandards die Produktion ins Ausland verlagern und so die Wertschöpfung im Land bleiben kann.

Derzeit fließen auch aus Niederösterreich pro Jahr etliche Milliarden für fossile Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas ins Ausland, zu großen Teilen auch an Diktaturen. Diese Geldströme gilt es, mit regionalen Wertschöpfungsketten zu beenden.

Auch muss die Recyclingquote massiv erhöht werden. Ziel ist es, eine Kreislaufwirtschaft einzuführen, um Müll und damit Umweltverschmutzung zu vermeiden, bevor sie entsteht.

Bodenschutz

Boden ist kein unerschöpfliches Gut, auch nicht im weiten Land Niederösterreich. Die Niederösterreichische Landes- und Gemeindepolitik versagt seit Jahrzehnten dabei, mittels verbindlicher Rahmenbedingungen den Bodenverbrauch zu senken, ganz im Gegenteil: St. Pölten und Wiener Neustadt sind Österreichs Städte mit dem größten Bodenverbrauch pro Kopf [2]; diese Entwicklung gilt es dringendst zu stoppen.

Es muss attraktiv werden, bestehende versiegelte und aufgeschlossene Flächen einer Nachnutzung zuzuführen, statt auf grüner Wiese wieder und wieder gesunde, biologisch aktive Böden zu verbrauchen.

Auch wenn der Druck – vom einzelnen Häuslbauer bis zum internationalen Großkonzern – auf die Politik enorm ist: Schlupflöcher, die weiterhin Bodenverbrauch ermöglichen, sind heute nicht mehr akzeptabel angesichts rapide voranschreitender Klimaveränderungen, Artensterben und einer stets geringer werdenden Grundversorgung mit regionalen Lebensmitteln. Es braucht daher ein deutlich ambitionierteres Vorgehen beim Schutz unseres Bodens und wir brauchen kreative Lösungen, insbesondere was die Nachnutzung bereits in Anspruch genommener Flächen betrifft (Leerstandsproblematik).

Diese Lösungen können etwa in Form einer Nullversiegelungsstrategie bestehen – durch korrespondierende Entsiegelung neu in Anspruch genommener Flächen bzw. sogar eine darüber hinausgehende Entsiegelungsoffensive.

Eine in diese Richtung gehende Grundsatzentscheidung könnte Niederösterreich zu einem Vorreiter im Bodenschutz machen. Sowohl Niederösterreichs Siedlungsräume und Städte, als auch die vielfältige Kulturlandschaft und verbliebene Naturräume bieten uns und Ihnen NOCH einen Gestaltungsspielraum, dem Klimawandel und den sich daraus ergebenden Konsequenzen wirksam entgegenzutreten. Diese heutige Chance gilt es zu nutzen, bevor auch wir vor einem ähnlichen ökologischen Scherbenhaufen stehen, wie viele andere Regionen in Österreich [3] und Europa [4].

Frage 4: Welche Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen befürworten Sie, um in der kommenden Regierungsperiode die Problematik des Bodenverbrauchs auf Gemeinde- und Landesebene endlich in den Griff zu bekommen?

Ein Zentrumsbonus, ein Grüne-Wiese-Malus und die Baulandmobilisierung bereits gewidmeter Flächen sind notwendige Maßnahmen, die wir setzen müssen. Durch einen aktiven Staat wollen wir so die Zersiedelung in Niederösterreich stoppen. Sanierungen und Renovierungen können zusätzlich den Bedarf an Neubau senken – ebenso Nachverdichtung in Ortskernen und eine Leerstandsabgabe. So können Spekulationen mit Wohnraum verhindert werden.

Rückbauverpflichtung: Wenn gewerbliche Bauten nicht mehr genutzt werden, soll es für den Eigentümer eine Rückbauverpflichtung geben. D.h. er muss die Fläche wieder entsiegeln. ZB bei Supermärkten auf der grünen Wiese. Das Landesziel für 2040 muss sein, netto keine neuen Böden mehr zu versiegeln.

Kontaminierung von Boden, Luft und Wasser durch den Straßenverkehr

Die massiven Schäden an Mensch und Natur, die der Straßenverkehr anrichtet, sind seit vielen Jahren hinlänglich bekannt.

Heute steht wissenschaftlich außer Streit, dass der Straßenverkehr der größte Verursacher von

Mikroplastik in der Umwelt ist, und dass diese straßenverkehrsbedingten Abriebe (TRWPs – Tyre and Road Wear Particles) als teils hochwirksame Umweltgifte in Luft, Wasser und Böden in Erscheinung treten.

In Gebieten mit hoher Straßenverkehrsbelastung zeigen bereits Kinder Frühzeichen für Alzheimer, Parkinson und weitere neurodegenerative Erkrankungen. TRWPs werden von Brotgetreide, Salat, Äpfel und Wurzelgemüse aufgenommen und gelangen so in unseren Nahrungskreislauf. Mindestens 10% aller Krebserkrankungen – 5.400 Krebsfälle und 2.600 Krebstote – sind in Österreich auf Umweltschadstoffe zurückzuführen, die zu einem Großteil vom motorisierten Straßenverkehr stammen.

Kurzum: Mit jeder neuen Straße und jeder Maßnahme, die den Straßenverkehr erhöht, vergiften wir uns selbst. Die einzig wirksame Lösung besteht darin, den Straßenverkehr einzudämmen und beginnt damit, jedenfalls vom Straßenbau in der bisher bekannten Form Abstand zu nehmen.

Nach zahlreichen vergeblichen Bemühungen, durch bewusstseinsbildende Maßnahmen ein Einlenken zu bewirken, hat Verkehrswende.at nun Anzeige wegen Gemeingefährdung und vorsätzlicher Beeinträchtigung der Umwelt durch den Straßenbau nach § 176ff StGB erstattet [5].

Frage 5: Welche Position vertreten Sie unter den gegebenen Umständen zu geplanten Straßen(aus)bauprojekten in Niederösterreich?

Hier muss langfristig gedacht werden. Der motorisierte Individualverkehr wird in 20 Jahren nichtmehr die Rolle von heute spielen. Daher müssen Straßenbauprojekte, bevor sie gebaut werden, sorgfältig evaluiert werden, ob es auch sicher keine Alternative dazu gibt. Gleichzeitig muss auch das Gesamtbild betrachtet werden. Wenn durch einen Straßenbau etwa ausufernde Zersiedelung verhindert wird, kann dieser unterm Strich dazu beitragen, die Gesamtbelastung zu reduzieren.

Gleichzeitig bedeutet dies, die Notwendigkeit, einen Gleisausbau und Reaktivierung alter Bahnlinien, um das Verkehrsaufkommen dennoch zu bewältigen. Unser Ziel ist, jedes Jahr eine neue Regionalbahn zu aktivieren bzw. zu reaktivieren.

Aktive Mobilität

Eine Verkehrswende besteht nicht nur in der geänderten Wahl des Verkehrsmittels, sondern zuallererst im Vermeiden unnötiger Wege, sowie in der Ermöglichung und gezielten Förderung eines Alltags der kurzen Wege [6].

Im Vergleich zu Energieeffizienz-Maßnahmen in anderen Bereichen (v.a. Wohnen und Industrie) ist das Einsparungspotential durch den Übergang vom Auto auf aktive Mobilität – insbesondere beim Fahrrad – einzigartig: Beim Umstieg vom Benzinauto werden 95% an Energie eingespart,

lässt man das E-Auto stehen, sind es immer noch 80% [7].

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene werden wir eine solche Verhaltensänderung mittels einer neuen Kampagne und im Rahmen weiterer bewusstseinsbildender Maßnahmen bewerben [8].

Die Attraktivierung und der zügige Ausbau einer durchgängigen Fuß- und Radinfrastruktur in und zwischen den Siedlungsgebieten liegen hingegen in der Verantwortung der Politik.

Frage 6: Welche Maßnahmen werden Sie in der Raumordnung, Verkehrsplanung und Umsetzung ergreifen, um in ganz Niederösterreich Menschen einen attraktiven Alltag der kurzen Wege lebbar zu machen?

Im urbaneren, städtischen Raum ist dies durch einen Ausbau der Öffis sowie durch Vereinfachung des Baus von Radwegen möglich. Auch die Kooperationen zwischen Bundesländern muss vereinfacht werden.
Im ländlichen Raum müssen Ortskerne wiederbelebt werden. Nahversorger müssen auch auf dem Land nahe sein. Auf dem Land zu leben, darf nicht bedeuten, dass die eigene Lebensqualität von Auto und Führerschein abhängt. Daher muss ein aktiver Staat dafür sorgen, dass Dinge des täglichen Bedarfs für Jede/n gut erreichbar sind!

Frage 7: Welche Gesamtstrategie verfolgen Sie, um überregionale Radmobilität mit verschiedenen Fahrzeugarten (Lastenrad, Pedelec, Rennrad, Kinderradanhänger, Kinderräder etc.) attraktiv und sicher zu gestalten?

Radschnellwege als Zubringer und Radnetze in Städten sind das Rückgrat der Verkehrswende in der Radmobilität. Diese sollen entlang der wichtigsten Verkehrs- und Pendelstrecken priorisiert und errichtet werden. Zusätzlich müssen Bike and Ride Stationen an Regionalen Bahnhöfen ausgebaut werden, damit die letzte Meile im Pendelverkehr auch klimaneutral bestritten werden kann.
E-Lastenräder sollen auch für Privatpersonen stärker gefördert und leistbar gemacht werden.

Niederösterreichs Bahnnetz

Die mutwillige Zerstörung der durchgängigen Donauuferbahn [9] reiht sich nahtlos ein in eine komplett verfehlte Verkehrspolitik, was den langjährigen Umgang des Landes mit dieser im Gegensatz zum Straßenverkehr zukunftstauglichen Mobilitätsform anbelangt.

Die verheerenden Folgen des Straßenverkehrs können nur durch eine gezielte Wiederbelebung

des vormals sehr gut ausgebauten Niederösterreichischen Bahnnetzes behoben werden. Dies betrifft insbesondere eine bestmögliche Bahnanbindung der Siedlungsräume inklusive Erhalt der kleinen Haltestellen, sowie die gezielte Bevorzugung eines schienengebundenen Gütertransportes.

Frage 8: Sind Sie bereit, aktiv zur Aufwertung des Niederösterreichischen Bahnnetzes beizutragen und die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen?

Die SPÖ fordert seit Jahrzehnten die Nord-Süd Verbindung zwischen und Krems und Lilienfeld als Schnellbahnverbindung im Taktverkehr zu erschließen und St. Pölten zum frequenzstärksten Bahnhof außerhalb Wiens auszubauen. Aber auch die ländlichen Strukturen dürfen hier nicht vernachlässigt werden.

Die Bahn wird eine zentrale Rolle im Verkehr der Zukunft spielen. Unser Plan ist es, jedes Jahr mindestens eine neue Regionalbahn in Niederösterreich zu eröffnen. Zusätzlich wollen wir prüfen lassen, wie die aktuellen Förderungen verändert werden müssen, gerade bei länderübergreifenden Strecken.

Pionierstadt St. Pölten – Zukunfts-Modellregion Niederösterreich?

St. Pölten steht mit der Teilnahme an der FFG-Ausschreibung „Pionierstadt – Partnerschaft für klimaneutrale Städte 2030“ am Beginn eines zukunftsgerichteten Transformationsprozesses, der auch von Klimahauptstadt 2024 bestmöglich unterstützt wird.

Niederösterreich hat genau so wie St. Pölten trotz idealer äußerer Voraussetzungen einen dringenden Aufholbedarf beim Klimaschutz und bei der Schaffung resilienter Strukturen als Existenzgrundlage kommender Generationen.

Die Planung und Umsetzung von Klimaschutz darf an den Stadt- und Gemeindegrenzen genausowenig aufhören wie jene eines bedarfsgerechten Fuß-, Radwege- und Bahnnetzes. Ebenso müssen Raumplanung, Umweltschutz und die Belebung regionaler Wirtschaftskreisläufe auf Landes- und Bundesebene nahtlos mit den Plänen von Landeshauptstadt und allen weiteren Gemeinden unseres Landes abgestimmt sein, um die entscheidenden Fortschritte auf dem Weg in eine resiliente Gesellschaft erzielen zu können.

Frage 9: Sind Sie bereit, sich diesen Herausforderungen im Rahmen einer Gesamtstrategie Niederösterreichs als EU-weite Zukunfts-Modellregion für Nachhaltigkeit zu stellen?

Ja. Diese Aufgabe wird eines unserer Schwerpunkte in der kommenden Legislaturperiode sein. Niederösterreich hat gute Voraussetzungen, um als großes Land mit gutem Beispiel voranzugehen.

bedingte Frage 10: Wenn ja, welche Aspekte wären Ihnen für eine derartige Zukunfts-Modellregion Niederösterreich unter Einbeziehung der Stadt St. Pölten besonders wichtig?

Die Radnetzplanung des Landes muss rasch zur Umsetzung kommen. In der Region wird teilweise bereits seit zehn Jahren geplant, die Umsetzung muss endlich stattfinden.

Partizipation

Zivilgesellschaftliche Stakeholder haben sich lebendigen Demokratien als wichtige Innovatoren erwiesen, um den Umwelt- und Klimaschutz im gebotenen Tempo voranzubringen [10].

In zahlreichen Niederösterreichischen Gemeinden ist die Zivilgesellschaft z.B. über Klimabündnis-Arbeitskreise bzw. in St. Pölten über ein neu strukturiertes Umweltkomitee in beratender Funktion eingebunden, um die eigene Gemeinde in Sachen Umwelt- und Klimaschutz bestmöglich voranzubringen.

In Niederösterreich vermissen wir auf Landesebene Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten und verweisen auf geradezu absurde Fehlentwicklungen wie etwa im Fall der Donauuferbahn.

Frage 11: Sind Sie bereit, in der kommenden Regierungsperiode die maßgeblichen Entscheidungsprozesse des Landes proaktiv transparent zu machen?

Eine nachhaltige Transparenzoffensive im Land Niederösterreich ist eines unsere Hauptziele. Dass die ÖVP ihr eigenes Regierungsprogramm nicht transparent macht und den Menschen in Niederösterreich vorlegt, damit sie an den eigenen Zielen gemessen werden kann, ist mehr als unverschämt.

Frage 12: Sind Sie bereit, ab der kommenden Regierungsperiode zivilgesellschaftliche Stakeholder bei allen maßgeblichen Entscheidungsprozessen verbindlich aktiv einzubeziehen?

Selbstverständlich. Als Sozialdemokratie wollen wir nicht die Menschen regieren, sondern mit

den Menschen Verbesserungen herbeiführen.

bedingte Frage 13: Wenn ja, in welcher Form?

Bürger*innenräte scheinen hier eine geeignete Form mit einem guten Mitnahmeeffekt und Output darzustellen. Aber auch die Klimateams nach Wiener Vorbild können in Gemeinden die Einwohner*innen unmittelbar miteinbeziehen und so die Beteiligung sowie die Akzeptanz der Maßnahmen sicherstellen.
Darüber hinaus sind Gespräche mit ExpertInnen aus NGOs unerlässlich, um konkrete Instrumente und Politikansätze zu entwickeln.

Miteinander Gehen

Wir wissen, die Schaffung resilienter Strukturen wird ein weiter Weg mit zahlreichen Unwägbarkeiten und Abzweigungen. Genau deshalb laden wir Sie ein, sich gemeinsam mit uns auf diesen spannenden neuen Weg zu begeben.

Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Die Initiativen der Klimahauptstadt 2024 laden Sie dazu ein, diesen ersten Schritt zu setzen: mit einer gemeinsamen Wanderung durch Niederösterreich – am 21. und 22. Oktober 2022.

Frage 14: Im Oktober und für die kommenden Jahre: Sind Sie bereit, den weiten Weg in eine resiliente Gesellschaft gemeinsam mit den anderen Parteien und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft zu gehen?

Wir sind bereit, den Weg mit allen gemeinsam zu gehen, die ebenfalls das Ziel verfolgen, Niederösterreich sozial und ökologisch zu transformieren.

Angaben zur Fragenbeantwortung

Partei

SPÖ Niederösterreich

Name und Zuständigkeit der Verfasserin / des Verfassers der Antworten

Abteilung Kommunikation

Die Fragen wurden bearbeitet durch bzw. im Einvernehmen mit unserer Spitzenkandidatin / unserem Spitzenkandidaten

Franz Schnabl

Verweise

[1] <https://noe.orf.at/stories/3173488/>

[2] <https://kurier.at/chronik/niederoesterreich/wiener-neustadt-ist-betonhauptstadt-oesterreichs/401183389>

[3] <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/neusiedler-see-warum-der-groesste-see-europas-austrocknet-18189915.html>

[4] <https://www.sueddeutsche.de/panorama/spanien-hitze-duerre-trockenheit-landwirtschaft-avocados-stausee-malaga-1.5644576>

[5] <https://www.verkehrswende.at/2022/09/19/strassenbau-anzeige-gemeingefahrung/>

[6] <https://www.verkehrswende.at/definition/>

[7] <https://www.verkehrswende.at/effizienzwunder/>

[8] <https://www.klimahauptstadt2024.at/16-september-2022-beginn-der-europaeischen-mobilitaetswoche-16-bis-22-september/>

[9] <https://www.verkehrswende.at/donauuferbahn-4/>

[10] <https://www.klimahauptstadt2024.at/klimarat-trifft-klimahauptstadt/>